

BUNDESRATSWAHLEN

Bedeutung der
KMU würdigen

Der sgv nimmt die Wahl von Simonetta Sommaruga und Johann Schneider-Ammann in den Bundesrat zur Kenntnis und wünscht den beiden im Amt viel Erfolg. Wie alle übrigen Kandidierenden haben sich die beiden kurz vor ihrer Wahl der vom sgv organisierten Gewerbegruppe der Bundesversammlung präsentiert und dabei Verständnis für die Anliegen der Schweizer KMU, die 99,7 Prozent aller Schweizer Unternehmen ausmachen, signalisiert.

Mit Johann Schneider-Ammann (FDP) zieht ein Unternehmer in die Landesregierung ein, der sich für den Werkplatz Schweiz einzusetzen



versprochen hat. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv erwartet, dass der neue Bundesrat im Amt die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen gebührend berücksichtigen wird.



Von Simonetta Sommaruga (SP) erwartet der sgv eine gemässigte Politik, die den KMU keine zusätzlichen Steine in den Weg legt und die deren Bedeutung für den Wirtschafts- und Bildungsstandort Schweiz gerecht wird. *En*

BÜROKRATIE

Erfolg für die
Fleischbranche

Ständerat Rolf Büttiker (Bild) hoffte zu Recht auf Vernunft in der Kleinen Kammer: Der Ständerat hat – gegen den Willen des Bundesrats – Büttikers Motion angenommen, die einen Ersatz von Zollkontingenten bei höherer

Gewalt fordert. Zur Erinnerung: Ende März 2010 waren in Basel 4300 Tonnen Tiefkühlprodukte, darunter 900 Tonnen bereits importiertes und verzolltes Fleisch, durch einen Brand zerstört worden. Eine Ersatzeinfuhrbewilligung wurde vom Bund zwar erteilt, der Importeur sollte aber den Zoll ein zweites Mal bezahlen. Dagegen wehrte sich Büttiker als Präsident des Schweizer Fleisch-Fachverbands. Der Solothurner stürzte sich im Rat an der «barschen, praxisfremden und etwas herzlosen» Beantwortung seiner Motion und insistierte: Es handle sich um höhere Gewalt, von der gegen 40 Betriebe – darunter drei Viertel KMU – betroffen seien. Der Ständerat folgte Büttikers Argumentation mehrheitlich und nahm die Motion des sgv-Vorstandsmitglieds mit 19 zu 11 Stimmen an. *En*

RUEDI LUSTENBERGER – Der Luzerner CVP-Nationalrat setzt auf einen breiten Energiemix, welcher dereinst auch Strom neuer Schweizer Kernkraftwerke beinhaltet.

Blockadepolitik beenden

Gewerbezeitung: Wie haben Sie die Bundesratswahl erlebt?

■ **Ruedi Lustenberger:** Wie erwartet verlief die Wahl sehr spannend. Mit Simonetta Sommaruga und Johann Schneider-Ammann wurden zwei fähige Personen gewählt, welche im Bundesrat das Kollegialprinzip hochhalten werden. Unser sgv-Vorstandsmitglied Jean-François Rime hat nicht nur ein gutes, sondern ein herausragendes Resultat erzielt. Das ehrt ihn und seine Arbeit.

Wie beurteilen Sie die immer stärker werdende Tendenz, den Strommarkt zu liberalisieren?

■ Vorweg: Strom ist ein Produkt par excellence des Service public. Und überall, wo es sich um Güter dieser Kategorie handelt, stösst die Liberalisierung automatisch an Grenzen. Was nützt eine Liberalisierung, wenn sie den einheimischen Unternehmen teurere Produktionskosten beschert, nur weil Strom über Tausende von Kilometern ins Ausland exportiert wird? Glauben Sie im Ernst, dass beispielsweise die Schweiz französischen Strom aus deren Kernkraftwerken auch dann noch geliefert bekommt, wenn in Paris die Lichter schon ausgegangen sind?

«BEI ALLER FÖRDERUNG DER ERNEUERBAREN ENERGIEN KOMMEN WIR NICHT DARUM HERUM, BESTEHENDE KERNKRAFTWERKE ZU ERSETZEN»

Sind die Kantone und Gemeinden als Mitbesitzer der Elektrizitätswerke zu gierig?

■ Wenn ein Aktionär eine anständige Rendite bekommt, hat das noch nichts mit gierigem Verhalten zu tun. Die öffentliche Hand als Leistungserbringer im Service public ist aber gut beraten, wenn sie sich in einer Langfriststrategie für vermehrte Investitionen im Bereich Erzeugung und Übertragung entscheidet und zugleich ihre monetären Ansprüche zurücknimmt.

Soll die Schweiz in der Kernkraftpolitik das deutsche Modell der Laufzeitverlängerung kopieren oder neue Kraftwerke bauen?

■ Beides. Es ist absehbar, dass bei uns ein neues Kernkraftwerk vor 2026

ZUR PERSON

Ruedi Lustenberger sitzt seit 1999 im Nationalrat. Der Luzerner CVP-Politiker ist Mitglied der Kommission Umwelt, Raumplanung und Energie UREK, deren Präsident er 2004/2005 war. Zudem ist er seit 2008 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, in der er die Subkommission EDA/VBS leitet. Lustenberger sitzt seit 2005 im Vorstand der CVP Schweiz und engagiert sich seit Jahren in vielen Verbänden. Er ist unter anderem Zentralpräsident des Verbandes Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM) und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv. Der 60-jährige Lustenberger ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. Er ist Inhaber der in Romoos ansässigen Schreinerei Lustenberger, die drei Facharbeiter und zwei Lehrlinge beschäftigt.



«Wir brauchen einen breiten Energiemix. Dazu gehört die Kernkraft», sagt CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger.

nicht ans Netz kommt. Deshalb sind Laufzeitverlängerungen, wenn sie unter dem Aspekt der Sicherheit verantwortbar sind, der erste Schritt, dem dann die Neubauten an den bestehenden Standorten folgen müssen. Bei aller Förderung der erneuerbaren Energien kommen wir nicht darum herum, bestehende Kernkraftwerke zu ersetzen. Es sei denn, wir verzichten bewusst darauf und begeben uns somit freiwillig in die Importabhängigkeit. Das wäre meines Erachtens eine falsche Strategie.

Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

■ Wir sollten unsere Versorgungsautonomie aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht ohne Not aufgeben. Dafür brauchen wir allerdings einen breiten Energiemix. Dazu gehört die Kernkraft, welche momentan etwa 35 Prozent der Gesamtproduktion ausmacht.

«MOMENTAN IST FRAU WIDMER-SCHLUMPF DAS EINZIGE MITGLIED IM BUNDESRAT, WELCHES ZU BEGINN EINER AMTSPERIODE GEWÄHLT WURDE»

Der Einsatz von alternativen Energien verteuert den Strompreis. Finden Sie es trotzdem richtig, darauf zu setzen?

■ Die Feststellung, dass momentan Strom von erneuerbaren Energieträgern teurer ist als von endlichen, ist richtig. Der Ausdruck «alternativ» ist allerdings überholt; ich spreche von neuen erneuerbaren Energien. Ob Windkraft, Photovoltaik, Solar, Biomasse, Geothermie oder Kleinwasserkraftwerke, sie alle haben in einem künftigen Energiemix ihre Berechtigung genauso wie die traditionelle Wasserkraft und, wie gesagt, die Kernkraft. Wir sollten es vermeiden, auf eine Gruppe zu verzichten oder sie gegenseitig auszuspielen. Neben der Hauptaufgabe, Strom zu erzeugen, liegt in den neuen erneuerbaren Energien noch eine ganze Menge weitere volkswirtschaftliche Substanz. Vier Stichworte: Aufträge

für einheimische KMU, Versorgungssicherheit, angewandte und Grundlagenforschung in den Grossbetrieben und an unseren Hochschulen, CO₂-neutrale Produktion.

Zurück zum politischen Alltag. Sie sind Mitglied der GPK. Wie haben Sie die hektischen Tage rund um die UBS- und Libyenproblematik erlebt?

■ Zum Fall Libyen äussere ich mich erst, wenn der GPK-Bericht dazu offiziell vorliegt.

Was die UBS anbelangt: Die Schweizer Politik hat die Bewältigung der Finanzmarktkrise im internationalen Vergleich so schlecht nicht gemacht. Die grössten, zum Teil unverzeihlichen Fehler passierten in der Chefetage der UBS. Die aktuelle Herausforderung für die Politik liegt darin, die «too big to fail»-Problematik zu lösen und damit Voraussetzungen zu schaffen, dass sich Gleiches nicht wiederholt. Basel III hat die Vorgaben jüngst gestellt. Nun darf sich die Politik aber von den grossen Banken nicht zu viel dreinreden lassen. Die Problematik der Systemrisiken verlangt klare politische Entscheide. Es braucht massgeschneiderte Lösungen, welche nicht die Falschen – sprich die Kleinen – treffen.

Greift die parlamentarische Kontrolle zu wenig weit? Fordern Sie allenfalls die Einsetzung einer PUK?

■ Eine PUK hätte in der UBS-Geschichte inhaltlich kaum neue Erkenntnisse zu Tage gefördert. Die parlamentarische Kontrolle der GPK stiess in Bezug ihrer personellen und zeitlichen Ressourcen an ihre Grenzen.

Wenn das Parlament seine verfassungsmässige Oberaufsicht in Zukunft richtig wahrnehmen will, braucht es zusätzliche Mittel. Und ich wüsste auch, wo man diese kompensieren könnte. Ein paar Wildbiologen, Luchsforscher und Wolfsbetreuer weniger im Bundesamt für Umwelt würden wohl nicht den Untergang der Eidgenossenschaft bedeuten.

War das langwierige Vorgeplänkel zur Bundesratswahl die Ausnahme oder wird das politische Tagesgeschäft gleich bis zu den Wahlen 2011 blockiert bleiben?

■ Die personellen Wechsel in der Landesregierung verkommen je länger je mehr zu parteistategischen Übungen. Schuld daran sind die Vakanzen während der Legislatur. Momentan ist Frau Widmer-Schlumpf das einzige Mitglied im Bundesrat, welches zu Beginn einer Amtsperiode gewählt wurde. Alle anderen traten ihr Amt während der Legislatur an.

Es liegt in erster Linie in der Verantwortung des Parlamentes, eine Blockadepolitik zu vermeiden. Das, was sich beispielsweise der Nationalrat in der Sommersession beim Staatsvertrag mit den USA leistete, war nicht gerade ein Lehrstück von konstruktivem Schaffen.

«ICH HOFFE, DASS DIE STAATSPOLITISCHE VERNUNFT IN DEN NATIONALRATSSAAL ZURÜCKKEHRT»

Inwiefern werden KMU-Anliegen wie Angleichung der Mehrwertsteuer, Alternativen zur Abzocker-Initiative etc. unter den parteipolitischen Auseinandersetzungen leiden?

■ Ich hoffe, dass die staatspolitische Vernunft in den Nationalratssaal zurückkehrt. Die beiden angesprochenen Bereiche sind ja auch nur zwei von vielen, welche für uns KMU von grosser Bedeutung sind. Dazu kommen der Revisionsbedarf bei fast sämtlichen Sozialwerken, die Aktienrechtsreform und der dringend notwendige Abbau von behördlich verordnetem administrativem Kleinkram. Momentan sind die Revisionen der AHV und der Unfallversicherung von hoher Bedeutung für die KMU. Das UVG bleibt politisch stark umstritten, weil sich die bürgerlichen Kräfte nicht einigen können. Bei der AHV-Revision zeichnet sich dafür eine bürgerliche Lösung ab. Das letzte Wort wird dort der Souverän haben.

Interview: Matthias Engel

LINK

www.ruedi-lustenberger.ch



sgv-Ehrenpräsident Edi Engelberger steht in regem Kontakt mit Ruedi Lustenberger.